

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 61/0046/WP18
Federführende Dienststelle:		Status:	öffentlich
Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und		AZ:	
Mobilitätsinfrastruktur		Datum:	11.01.2021
Beteiligte Dienststelle/n:		Verfasser:	FB 61/010 // Dez. III
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2020, öffentlicher Teil			
Ziele:			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
14.01.2021	Planungsausschuss	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2020, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift vom 10.12.2020, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 10.12.2020
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Michael Rau

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Christoph Allemand bis 20:05 Uhr

Ratsherr Harald Baal

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsherr Dipl.-Ing. Architekt Carsten Schaadt

Ratsfrau Monika Annette Wenzel Vertretung für: Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Herr Jürgen Bartholomy Vertretung für: Herrn Dieter Müller

Herr Marc Beus

Herr Alexander Gilson

Herr Johannes Hucke

Herr Ernst-Rudolf Kühn

Frau Anna Wilhelmi

Herr Wilhelm Heinz Jennissen

Abwesende:

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer	entschuldigt
Herr Martin Claes	entschuldigt
Herr Dieter Müller	entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff	Dez. III
Frau Dr. Bollwerk	FB 30
Frau Clemens	FB 63
Herr Jansen	Dez. III
Frau Dr. Karow-Kluge	FB 61
Herr Oebels	FB 61
Frau Ohlmann	FB 61

als Gast:

Herr Vogt	SEGA
-----------	------

als Schriftführerin:

Frau Vohn	FB 61
-----------	-------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Bestellung einer Schriftführerin sowie ihrer Vertreterin**
Vorlage: FB 61/0004/WP18
- 3 **Verpflichtung von sachkundigen Bürger*innen und Einwohner*innen**
- 4 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2020 und 08.10.2020, öffentlicher Teil**

«SINAME»

Ausdruck vom: 11.01.2021

Seite: 2/14

- 4.1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2020, öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 61/0020/WP18
- 5 **Austausch über die zukünftige Ausschussarbeit**
Vorlage: Dez III/0001/WP18
- 6 **Informationen und Vorträge für Ausschussmitglieder**
- 7 **Theaterplatz i. R. Innenstadtkonzept 2022;**
hier: Auswertung Reallabor und nächste Schritte
Vorlage: FB 61/0006/WP18
- 8 **Altstadtquartier Büchel**
hier: mündlicher Bericht zum Sachstand
- 9 **Bebauungsplan - Grauenhofer Weg/Stettiner Straße**
hier: Beschluss zur Durchführung einer Ideenwerkstatt
Vorlage: FB 61/0008/WP18
- 10 **Sachstand Klimaschutz im Rahmen des Monitoring gemäß European-Energy-Award**
Vorlage: FB 36/0003/WP18
- 11 **Änderung Nr. 148 des Flächennutzungsplanes 1980 -Vaalser Straße/ Neuenhofer Weg-**
hier:
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
- Empfehlung zum Änderungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0005/WP18

12 **Bebauungsplan Nr. 995 -Blondelstraße/Promenadenstraße-;**
hier: Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0002/WP18

12.1 **Bebauungsplan Nr. 995 -Blondelstraße/Promenadenstraße-;**
hier: Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0002/WP18-1

13 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2020 und 08.10.2020,**
nichtöffentlicher Teil:

1.1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2020, nichtöffentlicher Teil**
Vorlage: FB 61/0021/WP18

2 **Baukultur und Denkmalschutzangelegenheiten:**

3 **Private Bauvorhaben:**

4 **Bebauungsplan - Im Weingarten/Rathausstraße -**
hier: Rathausstraße 43a in Aachen-Laurensberg
Vorlage: FB 61/0010/WP18

5 **Mitteilungen der Verwaltung:**

6 **Altstadtquartier Büchel**
hier: mündlicher Bericht zum Sachstand

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Rau eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter von Öffentlichkeit, Verwaltung und Presse.

Er stellt durch Nachfrage bei den Fraktionen fest, dass die vereinbarte Vertretungsreihenfolge eingehalten wurde.

Herr Rau teilt mit, dass die Verwaltung zum Altstadtquartier Büchel relevante nichtöffentliche Informationen angekündigt und um eine Erweiterung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um einen entsprechenden Tagesordnungspunkt gebeten habe. Zudem sei vorgeschlagen worden, Herrn Christoph Vogt als Geschäftsführer der Städtischen Entwicklungsgesellschaft (SEGA) zu diesem Punkt hinzuzuziehen. Hierzu sei das Einverständnis des Ausschusses erforderlich.

Herr Rau weist auf die Corona-bedingten Einschränkungen im Sitzungsablauf hin und schlägt im Hinblick auf eine vertretbare Sitzungsdauer vor, auf die Beratung der folgenden Tagesordnungspunkte heute zu verzichten:

I/10 - Sachstand Klimaschutz im Rahmen des Monitoring gemäß EEA

II/2 - Baukultur und Denkmalschutzangelegenheiten.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Tagesordnungspunkte I/10 und II/2 abzusetzen.

Er beschließt weiterhin, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um den TOP „Altstadtquartier Büchel, mündlicher Bericht zum Sachstand“ zu ergänzen. Der Ausschuss erklärt sein Einverständnis zur Hinzuziehung des Geschäftsführers der SEGA, Herrn Christoph Vogt, zu diesem Punkt.

zu 2 Bestellung einer Schriftführerin sowie ihrer Vertreterin

Vorlage: FB 61/0004/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, Frau Sabine Vohn zur Schriftführerin und Frau Petra Löhner zur stellvertretenden Schriftführerin des Planungsausschusses zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 3 Verpflichtung von sachkundigen Bürger*innen und Einwohner*innen

Die folgenden sachkundigen Bürger*innen werden als neue (stellvertretende) Ausschussmitglieder gemäß den Vorgaben der Gemeindeordnung NRW verpflichtet:

Herr Jürgen Bartholomy

Frau Maria Dörter

Herr Jan Frieders

Herr Prof. Joachim Loseck

Frau Anna Wilhelmi

zu 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2020 und 08.10.2020, öffentlicher Teil

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2020, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei sechs Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

Da die Niederschrift über die Sitzung am 08.10.2020 den Ausschussmitgliedern noch nicht vorliegt, wird die Genehmigung einvernehmlich vertagt.

zu 5 Austausch über die zukünftige Ausschussarbeit

Vorlage: Dez III/0001/WP18

Herr Rau erläutert einleitend, dass unter diesem Tagesordnungspunkt die Gelegenheit gegeben werden solle, sich über die zukünftige Arbeitsweise des neuen Ausschusses zu verständigen.

Für die SPD-Fraktion betont Herr Plum, dass man insbesondere den zeitlichen Umfang der Ausschusssitzungen und auch der interfraktionellen Gespräche in einem vernünftigen Rahmen halten wolle. In diesem Sinne halte man es für sinnvoll, sich auf die Kernaufgaben eines Ratsausschusses zu konzentrieren. Verwaltungsvorträge seien nur sinnvoll und erwünscht, wenn sie über die oftmals ohnehin umfangreichen Verwaltungsvorlagen hinaus neue oder zusätzliche Informationen beinhalteten. Die Druckunterlagen wolle man auch weiterhin komplett erhalten, da man das Ratsinformationssystem auch weiterhin nicht als zuverlässig genug erlebe, um eine kontinuierliche Vorbereitung der Gremiensitzungen zu gewährleisten.

Für die Fraktion Die Linke spricht sich auch Herr Beus dafür aus, die Sitzungsdauer im Auge zu behalten. Eine fixe Obergrenze halte man allerdings nicht für angemessen, abhängig von den anstehenden Themen sei es aber sicherlich auch möglich, sich durch einen disziplinierten Diskussions- und Sitzungsverlauf stärker zu konzentrieren. Die Druckfassungen der Einladungen seien teils so umfangreich, dass eine Postzustellung schwierig werde, in solchen Fällen bitte man die Verwaltung, über geeignete Alternativen nachzudenken. Für wichtig halte man es, sich die im Ausschuss beschlossenen Planungen und Projekte auch in der praktischen Umsetzung anzusehen. Daher wolle man die Corona-bedingt ausgefallene Exkursion zu verschiedenen Aachener Wohngebieten gerne nachholen, sobald dies möglich sei. Auch Exkursionen in andere Städte halte man grundsätzlich für wünschenswert.

Für die CDU-Fraktion betont Herr Baal, dass die Qualität der Debatte und auch des Ergebnisses nicht von der Dauer der Sitzung abhängig gemacht werden könne. Im Planungsausschuss stünden Verfahren und Projekte von teils erheblicher Tragweite für die Entwicklung der Stadt zur Entscheidung an, eine sachgerechte Diskussion hierzu müsse ermöglicht werden. Den Redebeiträgen der Fraktionen komme dabei auch im Sinne eines transparenten Entscheidungsprozesses eine große Bedeutung zu.

Frau Breuer ergänzt hierzu, dass es der Öffentlichkeit auch möglich gemacht werden müsse, der politischen Debatte zu folgen. In manchen Themenbereichen seien dazu auch die Verwaltungsvorträge sinnvoll. Dies müsse von Fall zu Fall beurteilt werden.

Als Vertreter des Seniorenrats stimmt Herr Jennissen dieser Einschätzung zu, eine Darstellung der inhaltlichen Kernpunkte könne gerade in den komplexeren Verfahren den Einstieg in die Debatte auch für die Öffentlichkeit erleichtern.

Für die Fraktion der Grünen betont auch Herr Hucke, dass man eine sachgerechte Debatte zu den anstehenden Themen für enorm wichtig halte; je nach Projekte könne dies eine inhaltlich und manchmal auch zeitlich intensive Diskussion erfordern. Grundsätzlich wolle man auf die Verwaltungsvorträge nicht verzichten, diese sollten allerdings auf die inhaltlichen Kernpunkte beschränkt sein. Exkursionen, sowohl in Aachen als auch in andere Städte, halte man für eine gute Inspiration, mittels derer man wichtige Impulse für das Thema Baukultur gewinnen könne. Ansonsten sei man zuversichtlich, dass auch in dieser Ratsperiode eine kollegiale Zusammenarbeit im Ausschuss und eine gute Abstimmung zwischen den Fraktionen gelingen werde.

Der Vorsitzende fasst die Diskussionsbeiträge dahingehend zusammen, dass man gemeinsam versuchen werde, ein vernünftiges Maß für eine sachgerechte und wenn nötig auch intensive Debatte zu finden und Verwaltungsvorträge so einzusetzen, dass die Arbeit der Verwaltung gewürdigt, der Ausschuss und die Öffentlichkeit kompakt informiert und der zeitliche Rahmen angemessen bleibe. Die eigene Arbeit, aber auch Beispiele anderer Städte, vor Ort zu erleben, könne enorm hilfreich sein. Möglichkeiten hierzu im Rahmen von Exkursionen zu bieten, sei daher ein Ziel für die nächsten Jahre, wenn es gelinge, auch die notwendige finanzielle Ausstattung bereitzustellen. Das Vorlagengeschäft könne grundsätzlich wie bisher weiterlaufen, wobei nach seiner persönlichen Auffassung der Vorlagenaufbau noch Optimierungsmöglichkeiten aufweise. Wenn es gelinge, das Fazit einer Vorlage schneller begreifbar zu machen, könne dies die Arbeit der Ausschussmitglieder erleichtern.

Eine Beschlussfassung hierzu erfolgt nicht.

zu 6 Informationen und Vorträge für Ausschussmitglieder

Frau Strehle erläutert, dass die Verwaltung auf Wunsch der Ausschussvorsitzenden eine Themenliste für eine Informationsangebot für interessierte, insbesondere auch für neue Ausschussmitglieder, zusammengestellt habe. Durch Vorträge, angesichts der Pandemie-Lage wahrscheinlich im Rahmen von Zoom-Videokonferenzen oder Webinaren, könne man Hilfestellung bei der Einarbeitung in die im Ausschuss zu behandelnden teilweise langfristig angelegten und komplexen Verfahren und Projekte bieten. Das Angebot untergliedere sich grob in die folgenden sechs Kategorien:

- 0 Ausschussarbeit
- 1 Bauleitplanung
- 2 Zukunft Städtebauförderung
- 3 Wichtige Projekte | Planungsvorhaben für den Planungsausschuss
- 4 Bürger*innenpartizipation
- 5 Historisches Erbe.

Zur konkreten Ausgestaltung sei eine Vorschlagsliste mit Einzelthemen als Tischvorlage verteilt worden. (Die Liste ist als Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem verfügbar.)

Herr Rau dankt der Verwaltung für das Angebot. Zum weiteren Vorgehen schlägt er vor, dass sich die Fraktionen sowohl zu den inhaltlichen Schwerpunkten als auch zu einer möglichen Terminalschiene abstimmen und der Verwaltung zeitnah eine entsprechende Rückmeldung geben. Die Verwaltung könne man bereits heute beauftragen, auf der Basis dieser Rückmeldungen die Umsetzung des Programms vorzubereiten und im neuen Jahr zu starten.

Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich der Ausschuss einvernehmlich einverstanden.

zu 7 Theaterplatz i. R. Innenstadtkonzept 2022;
hier: Auswertung Reallabor und nächste Schritte
Vorlage: FB 61/0006/WP18

Frau Burgdorff betont einleitend die Bedeutung des Projekts „Theaterplatz“ für die Innenstadtentwicklung. Mit dem Reallabor sei man neue Wege gegangen; heute wolle man dem Ausschuss die Ergebnisse präsentieren und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreiten. Um zügig in die Umsetzung starten zu können, beabsichtige die Verwaltung, zum 30.09.2021 einen Antrag auf Städtebauförderung zu stellen. Damit dies gelingen könne, werde man in den nächsten Monaten immer wieder mit Vorlagen und Beschlussvorschlägen auf die Gremien zukommen, und man hoffe, dass die notwendige Abstimmung zwischen allen Beteiligten auf kooperativem Weg gut gelingen könne.

Herr Oebels erläutert anschließend die Evaluierung der geänderten Verkehrsführung während der Europäischen Woche der Mobilität im September 2020. Frau Dr. Karow-Kluge präsentiert abschließend einige Impressionen aus dem Reallabor und informiert den Ausschuss über die geplanten nächsten Schritte.

Die den Vorträgen zugrunde liegende Präsentation ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung einsehbar.

Für die CDU-Fraktion signalisiert Herr Baal grundsätzlich Unterstützung für das von der Verwaltung beabsichtigte Vorgehen, wobei man den Beschlussentwurf gerne konkreter fassen und die Vorbereitung der Wettbewerbsauslobung und den Start des Vergabeverfahrens für das Projektsteuerungsbüro als nächste Schritte ausdrücklich benennen wolle. In der Diskussion über das Projekt wolle man drei Aspekte herausheben: Zum ersten müsse mit dem weiteren Verfahren die Frage beantwortet werden, wie es gelingen könne, die Gestaltung des Umfelds so zu renovieren, dass das Theater besser in städtische Leben eingebunden werde. Dass die Abriegelung von Verkehren hier zu einer deutlichen Qualitätsverbesserung beitragen könnte, habe das Reallabor gezeigt. Eine dauerhaft umsetzbare, gute

«SINAME»

Ausdruck vom: 11.01.2021

Seite: 9/14

Lösung müsse nun im Wettbewerb gefunden werden. Als zweites lege man großen Wert auf Öffentlichkeitsinformation und -beteiligung. Jede einzelne Äußerung zu Aspekten wie Liefern/ Laden, Parken, Reisebusse, Taxi-Stand etc. gebe einen Hinweis auf bislang unzureichend geklärte Probleme und müsse daher ernst genommen und geprüft werden. Zuletzt müsse deutlich festgestellt werden, dass die in der Evaluierung erhobenen Verkehrsdaten den Eindruck einer wissenschaftlich exakten Antwort vermittelten, letztlich aber kein objektives Maß darstellen könnten. Am Ende des Prozesses müsse eine Entscheidung stehen, welche verkehrlichen Verbindungen weiterhin gewünscht seien und wie in diesem Rahmen die Verkehre flüssig gehalten werden könnten. Es sei zu hoffen, dass der Wettbewerb positive Bilder als Grundlage für solche Entscheidungen liefern könne. Konkret zur Auslobung bitte man zudem darum, dass Thema Bachoffenlegung dort zu verankern und damit an die bereits im Ausschuss vorgestellten Überlegungen zur Sichtbarmachung von Wasser in der Innenstadt anzuknüpfen.

Für die Fraktion Die Linke vertritt Herr Beus die Auffassung, dass sich das Reallabor als gutes Instrument erwiesen habe, um einen Erkenntnisgewinn als Grundlage für eine praktische Umsetzung in komplexen Projekten zu generieren. Eine stärkere Verknüpfung der Bereiche Elisenbrunnen und Theaterplatz sei bereits im Innenstadtkonzept als Zielsetzung formuliert worden, dieses Ziel könne man nur erreichen, wenn Mobilität mitgedacht werde. Ein Zurückdrängen des MIV sei eine unverzichtbare Voraussetzung für eine Attraktivitätssteigerung im Theaterumfeld, daher unterstütze man den von der Verwaltung vorgeschlagenen Prozess. Das von der CDU-Fraktion bereits angesprochene Thema Bachoffenlegung halte man ebenso wie das Thema Begrünung für wichtig und bitte daher um entsprechende Berücksichtigung in der Auslobung.

Für die SPD-Fraktion weist Herr Plum darauf hin, dass man schon lange den Wunsch verfolge, den Bereich des Theaterplatzes, aber auch die Theaterstraße aufzuwerten und dies auch durch zahlreiche Anträge untermauert habe. Ein wichtiges Planungsziel sei dabei immer auch die Wiederherstellung des Boulevardcharakters gewesen. Dies wolle man auch in der Auslobung verankert wissen und rege daher an, den historischen Kontext stärker einzubeziehen. Im Umgang mit den Bürgereingaben bitte man darum, die notwendige Sensibilität an den Tag zu legen. Ansonsten unterstütze man das vorgeschlagene Vorgehen und den von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen konkretisierten Beschlussvorschlag.

Herr Bartholomy ergänzt hierzu, dass der Dialog mit der Öffentlichkeit nicht zu kleinteilig betrachtet und nur auf den Innenstadtbereich konzentriert werden dürfe. Die Theaterstraße werde heute auch von Besucher*innen aus den Bezirken oder aus Nachbargemeinden als Zufahrt in die Innenstadt genutzt, auch diese Personen müssten als Zielgruppe in den Beteiligungsformaten angesprochen und über veränderte Rahmenbedingungen informiert werden.

Für die Fraktion der Grünen sieht Herr Hucke Planung für den Bereich des Theaterplatzes als einen wichtigen Baustein in der Gestaltung der Stadt der Zukunft. In dem Bemühen, öffentliche Räume mit

mehr Aufenthaltsqualität auszustatten, müsse man erkennen, dass der Handel nicht mehr im bisherigen Maße als Frequenzbringer dienen könne. Ziel müsse es sein, trotzdem eine Attraktivitätssteigerung für Bewohner*innen und Besucher*innen zu erreichen, wozu nach seiner Auffassung die Unterbindung von Durchgangsverkehren einen wichtigen Beitrag leisten könne. Mit dem Reallabor sei ein positiver Auftakt gelungen, der eingeleitete Prozess sei gut und richtig, nun müsse man eine Auslobung auf den Weg bringen, die zwar einen Rahmen setze, aber keine Ergebnisse vorwegnehme. Dies werde man diskutieren müssen, wenn die Verwaltung den Auslobungsentwurf im Ausschuss vorlege.

Nach einer ausführlichen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Breuer, die Herren Baal, Kühn, Beus, Plum, Hucke und Bartholomy sowie seitens der Verwaltung Frau Burgdorff, Frau Dr. Karow-Kluge und Herr Oebels beteiligen, fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung,

- die Auslobung des Wettbewerbs vorzubereiten und
- das Vergabeverfahren für das Projektsteuerungsbüro zu starten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8 Altstadtquartier Büchel

hier: mündlicher Bericht zum Sachstand

Frau Burgdorff führt kurz in die Thematik ein und stellt Herrn Christoph Vogt als Geschäftsführer der Städtischen Entwicklungsgesellschaft (SEGA) vor.

Frau Strehle und Herr Vogt berichten anschließend ausführlich zu Verfahren und Zielen der aktuell stattfindenden Planungswerkstatt und zu Konzept und Terminplanung für den Rückbau des Parkhauses. Die den Vorträgen zugrunde liegenden Präsentationen sind als Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem verfügbar.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Eine Beschlussfassung hierzu erfolgt nicht.

zu 9 Bebauungsplan - Grauenhofer Weg/Stettiner Straße
hier: Beschluss zur Durchführung einer Ideenwerkstatt
Vorlage: FB 61/0008/WP18

Frau Burgdorff erläutert ergänzend zur Vorlage kurz die Notwendigkeit eines qualitätssichernden Verfahrens und dankt dem Investor für die Bereitschaft, diesen Weg mitzugehen.

Für die Fraktion der Grünen kündigt Frau Brinner an, dass man dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren grundsätzlich zustimmen werde, allerdings sei man der Auffassung, dass die ökologischen Belange in der Aufgabenstellung bislang nicht ausreichend berücksichtigt seien. Vor dem Hintergrund der Klimakrise sei es wichtig, so energieeffizient und klimaschonend zu bauen wie möglich, daher solle das entstehende Wohnquartier nach den Kriterien des klimaneutralen Bauens geplant werden. Insbesondere solle ein Energiekonzept auf Basis erneuerbarer Energien erstellt werden, wobei die benötigte Elektrizität und Wärme nach Möglichkeit im Plangebiet produziert werden solle. Darüber hinaus soll der "cradle-to-cradle"-Ansatz für die Kreislaufwirtschaft berücksichtigt werden. Bei der Auswahl der Baumaterialien soll auf möglichst ressourcenschonende und nachhaltige Materialien gesetzt werden. Auch wenn einzelne dieser Vorgaben erst zu einem späteren Zeitpunkt im Bebauungsplan oder im Städtebaulichen Vertrag verbindlich geregelt werden könnten, bitte man die Verwaltung darum, die Thematik bereits jetzt mitzudenken.

Als Vertreter des Seniorenbeirats begrüßt Herr Jennissen den Fortgang des Verfahrens. Er sei zuversichtlich, dass für den gesamten Bereich eine positive Entwicklung in Gang gesetzt werden könne. Das neue Wohnquartier könne dabei als eine Art Fortsetzung des Driescher Hofes in moderner Form einen Impuls geben, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Ausstattung mit ausreichend Grün gerichtet werden müsse.

Für die CDU-Fraktion signalisiert auch Herr Baal Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Hinweisen wolle man allerdings auf die im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes geführte Diskussion zu diesem Bereich, die hier verlaufende Kaltluftschneise müsse in jedem Fall Berücksichtigung finden. Grundsätzlich halte man es aber für richtig, die Fläche insgesamt zu betrachten, um eine städtebauliche Konzeption zu finden, die ein Gesicht zum Grauenhofer Weg und zum Driescher Hof entwickeln könne.

Für die Fraktion Die Zukunft weist Herr Allemann auf den bestehenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum hin und plädiert dafür, den Bereich Grauenhofer Weg/ Stettiner Straße als eine der wenigen für Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Flächen gut zu nutzen. Hierzu müsse man auch über eine angemessene Dichte reden.

Für die Fraktion Die Linke betont auch Herr Beus, dass man hier eine wertvolle Fläche zur Verfügung habe, die angesichts der Knappheit von Bauflächen gut und qualitativ entwickelt werden müsse. Konkurrierende Verfahren wie von der Verwaltung vorgeschlagen halte man für das richtige Instrument, um gute Quartiere zu schaffen. In diesem Sinne sei auch die entstehende Dichte ein wichtiges Thema, mit dem man sich im Verfahren auseinandersetzen müsse.

Herr Rau fügt den Wortbeiträgen noch den Hinweis auf die durch die Autobahn verursachte Lärmschutzproblematik hinzu.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, für das Plangebiet - Grauenhofer Weg/Stettiner Straße - ein Ideenwerkstattverfahren „Grauenhofer Weg/Stettiner Straße“ durchzuführen und beschließt die beigefügte Aufgabenstellung *unter Berücksichtigung der in der Diskussion vorgebrachten Anregungen* als Grundlage für dieses Verfahren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Sachstand Klimaschutz im Rahmen des Monitoring gemäß European-Energy-Award

Vorlage: FB 36/0003/WP18

vertagt, siehe hierzu TOP I/1

**zu 11 Änderung Nr. 148 des Flächennutzungsplanes 1980 -Vaalser Straße/ Neuenhofer Weg-
hier:**

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
- Empfehlung zum Änderungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0005/WP18

Nach Wortbeiträgen von Herrn Allemand und Herrn Gilson weist Herr Rau darauf hin, dass heute nur die Änderung des Flächennutzungsplanes zur Beratung anstehe. Fragen zur Parkpalette, zur Begrünung und zu weiteren konkreten Aspekten des Vorhabens seien im Bebauungsplan zu regeln und müssten auch in diesem Rahmen diskutiert werden.

Der Ausschuss fasst den folgenden

«SINAME»

Ausdruck vom: 11.01.2021

Seite: 13/14

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Änderung Nr. 148 des Flächennutzungsplans 1980 – Vaalser Straße / Neuenhofer Weg - zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange die Änderung Nr. 148 des Flächennutzungsplans 1980 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Bebauungsplan Nr. 995 -Blondelstraße/Promenadenstraße-;**zu 12.1 hier: Offenlagebeschluss**

Vorlage: FB 61/0002/WP18

Vorlage: FB 61/0002/WP18-1

Frau Ohlmann verweist auf die als Tischvorlage verteilte Ergänzungsvorlage und erläutert kurz, dass die Verwaltung mit der dort vorgeschlagenen Anpassung der Schriftlichen Festsetzungen den Bestand u.a. einer im Plangebiet befindlichen Disothek langfristig ermöglichen, gleichzeitig aber insbesondere diejenigen Vergnügungsstätten ausschließen wolle, die sich nachteilig auf das Quartier auswirken und zu den sogenannten Trading-Down-Effekten führen würden.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er stellt fest, dass auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung verzichtet werden kann und beschließt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes zur Innenentwicklung nach § 13 a BauGB Nr. 995 - Blondelstraße / Promenadenstraße - in der vorgelegten Fassung mit der in den Erläuterungen der Ergänzungsvorlage aufgeführten geänderten Festsetzung zum Urbanen Gebiet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen folgende Mitteilungen der Verwaltung schriftlich vor:

- III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 888 - Krefelder Straße/ Soerser Weg -
- SAVE THE DATE: Bürgerdialog Branderhof am 26.01.2021